

Schutz von Menschenrechtsverteidigern – Leitlinien der Europäischen Union

I. ZWECK

1. Die Unterstützung für Menschenrechtsverteidiger ist schon seit langem ein fester Bestandteil der Menschenrechtspolitik der Europäischen Union in ihren Außenbeziehungen. Der Zweck dieser Leitlinien besteht darin, praktische Vorschläge dafür zu liefern, wie die EU bei diesem Thema wirksamer vorgehen kann. Die Leitlinien können bei Kontakten mit Drittländern auf allen Ebenen wie auch in multilateralen Menschenrechtsorganisationen und -gremien angewandt werden, um das kontinuierliche Engagement der Union für die Achtung des Rechts zur Verteidigung der Menschenrechte zu untermauern und zur Geltung zu bringen. Die Leitlinien sehen auch Interventionen der Union zugunsten von gefährdeten Menschenrechtsverteidigern vor und enthalten praktische Anregungen für Hilfe und Unterstützung für Menschenrechtsverteidiger.

Ein wichtiges Element der Leitlinien ist die Unterstützung für die besonderen Verfahren des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, etwa für den VN-Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger und geeignete regionale Mechanismen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern. Die Leitlinien sollen den EU-Missionen (Botschaften und Konsulaten der Mitgliedstaaten der EU und Delegationen der Europäischen Kommission) in ihrer Position in Bezug auf Menschenrechtsverteidiger eine Hilfe sein. Sie beziehen sich in erster Linie auf spezielle Anliegen in Bezug auf Menschenrechtsverteidiger, tragen damit aber auch zur Stärkung der Menschenrechtspolitik der EU insgesamt bei.

II. DEFINITION

2. Die Definition des Begriffs "Menschenrechtsverteidiger" für diese Leitlinien beruht auf Artikel 1 der VN-Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen (siehe Anlage I), in dem es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht, einzeln wie auch in Gemeinschaft mit anderen, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu fördern und darauf hinzuwirken."
3. Menschenrechtsverteidiger sind Einzelpersonen, Gruppen und Organe der Gesellschaft, die allgemein anerkannte Menschenrechte und Grundfreiheiten fördern und schützen. Sie bemühen sich um die Förderung und den Schutz der bürgerlichen und politischen Rechte und um die Förderung, den Schutz und die Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte. Sie fördern und schützen ferner die Rechte von Mitgliedern bestimmter Gruppen wie beispielsweise indigenen Bevölkerungsgruppen. Einzelpersonen oder Gruppen, die Gewalt anwenden oder dazu aufrufen, sind von dieser Definition ausgeschlossen.

III. EINLEITUNG

4. Die EU befürwortet die Prinzipien der Erklärung über das Recht und die Verpflichtung von Einzelpersonen, Gruppen und Organen der Gesellschaft, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen. Obwohl für die Förderung und den Schutz von Menschenrechten in erster Linie die jeweiligen Staaten zuständig sind, erkennt die EU an, dass Einzelpersonen, Gruppen und Organe der Gesellschaft für die Sache der Menschenrechte eine wichtige Rolle spielen. Zu den Tätigkeiten von Menschenrechtsverteidigern gehören:

- Dokumentierung von Menschenrechtsverletzungen,
 - Hilfe für die Opfer solcher Menschenrechtsverletzungen durch rechtliche, psychologische, medizinische oder sonstige Unterstützung,
 - Bekämpfung einer Kultur der Straflosigkeit, mit der systematische und wiederholte Verstöße gegen die Menschenrechte und Grundfreiheiten verschleiert werden sollen, und
 - Verbreitung der Kultur der Menschenrechte und von Informationen über die Menschenrechtsverteidiger auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene.
5. Die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern ist oft mit Kritik an der Politik und den Maßnahmen der Regierung verbunden. Die Regierungen sollten dies aber nicht negativ beurteilen. Das Prinzip, Raum zu geben für unabhängiges Denken und freie Diskussion über die Politik und die Maßnahmen einer Regierung, ist von fundamentaler Bedeutung und stellt ein erprobtes und bewährtes Mittel zur Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte dar. Menschenrechtsverteidiger können die Regierungen bei der Förderung und beim Schutz der Menschenrechte unterstützen. Im Rahmen von Konsultationen können sie durch Beiträge zur Abfassung entsprechender Rechtsvorschriften und zur Erstellung nationaler Pläne und Strategien für die Menschenrechte eine entscheidende Rolle spielen. Auch dies sollte anerkannt und unterstützt werden.
6. Die EU stellt fest, dass die Tätigkeit von Menschenrechtsverteidigern mit den Jahren größere Anerkennung gefunden hat. Es ist ihnen zunehmend gelungen, Opfern von Menschenrechtsverletzungen mehr Schutz zu verschaffen. Diese Fortschritte haben aber einen hohen Preis: Die Menschenrechtsverteidiger selbst werden zunehmend zum Ziel von Angriffen, und ihre Rechte werden in vielen Ländern verletzt. Die EU hält es für wichtig, die Sicherheit von Menschenrechtsverteidigern zu gewährleisten und ihre Rechte zu schützen. Beim Umgang mit dem Thema Menschenrechtsverteidiger ist es außerdem wichtig, das Anliegen der Gleichstellung der Geschlechter zu berücksichtigen.

IV. OPERATIVE LEITLINIEN

7. Der operative Teil der Leitlinien soll Mittel und Wege zu einem wirksamen Einsatz für die Förderung und den Schutz von Menschenrechtsverteidigern in Drittländern im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aufzeigen.

Überwachung, Berichterstattung und Beurteilung

8. Die Leiter der EU-Missionen sind bereits gehalten, regelmäßig über die Menschenrechtslage in ihrem Akkreditierungsland zu berichten. Die Ratsgruppe "Menschenrechte" (COHOM) hat den Entwurf von Merkblättern gebilligt, die diese Aufgabe erleichtern sollen. Nach diesen Merkblättern sollten die Missionen in ihren Berichten auf die Lage der Menschenrechtsverteidiger eingehen und dabei insbesondere gegen Menschenrechtsverteidiger gerichtete Drohungen und Angriffe vermerken. Die Missionsleiter sollten hier bedenken, dass der institutionelle Rahmen erhebliche Auswirkungen darauf haben kann, ob die Menschenrechtsverteidiger ihre Arbeit sicher ausüben können. Alle Maßnahmen, die die Staaten im Bereich der Gesetzgebung, der Justiz, der Verwaltung oder in anderen Bereichen ergreifen, um Personen gegen Gewalt, Androhung von Vergeltungsmaßnahmen, Benachteiligungen de facto oder de jure, die Ausübung von Druck oder andere willkürliche Maßnahmen als Folge der legitimen Ausübung eines der in der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen genannten Rechte zu schützen, sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung.

9. Die Leiter der EU-Missionen sind aufgerufen, sich bei den Sitzungen der lokalen Arbeitsgruppen für Menschenrechte mit der Situation der Menschenrechtsverteidiger zu befassen. Im Bedarfsfall sollten die Missionsleiter der Gruppe "Menschenrechte" Empfehlungen für mögliche Maßnahmen der EU – wie etwa die Verurteilung von Drohungen und Angriffen gegen Menschenrechtsverteidiger – und für Demarchen und öffentliche Erklärungen bei unmittelbarer oder großer Gefahr für Menschenrechtsverteidiger geben. Die Missionsleiter können beschließen, bei unmittelbarer oder großer Gefahr für Menschenrechtsverteidiger zu deren Schutz eine örtliche Sofortmaßnahme durchzuführen und der Gruppe "Menschenrechte" sowie anderen einschlägigen Arbeitsgruppen über diese Maßnahme Bericht zu erstatten, wobei sie Empfehlungen zu den Möglichkeiten eines weiteren europäischen Vorgehens erteilen. Die Missionsleiter sollten sich in ihren Berichten auch zur Wirksamkeit der Maßnahmen der EU äußern. Ferner sollten die Missionen den besonderen Risiken, denen weibliche Menschenrechtsverteidiger ausgesetzt sind, besondere Aufmerksamkeit schenken.

10. Anhand der Berichte der Missionsleiter und anderer einschlägiger Informationen wie Berichte und Empfehlungen des Sonderberichterstatters für Menschenrechtsverteidiger, der anderen Sonderberichterstatter der VN, der Vertragsorgane, des Kommissars für Menschenrechte des Europarats wie auch der Nichtstaatlichen Organisationen können die Gruppe "Menschenrechte" und andere einschlägige Arbeitsgruppen ermitteln, wo Maßnahmen der EU angezeigt sind, und entscheiden, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, oder gegebenenfalls dem PSK/Rat entsprechende Maßnahmen vorschlagen.

Rolle der EU-Missionen bei der Unterstützung und beim Schutz von Menschenrechtsverteidigern

11. In vielen Drittländern sind die EU-Missionen (die Botschaften von Mitgliedstaaten der EU und die Delegationen der Kommission) die eigentliche Kontaktstelle zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten und den Menschenrechtsverteidigern vor Ort. So kommt ihnen bei der praktischen Umsetzung der EU-Politik gegenüber Menschenrechtsverteidigern eine wichtige Rolle zu. Die EU-Missionen sollten daher in Bezug auf Menschenrechtsverteidiger vorausschauend handeln. Sie sollten dabei auch bedenken, dass Maßnahmen der EU in bestimmten Fällen zu Bedrohungen oder Angriffen gegen Menschenrechtsverteidiger führen können. Deshalb sollten sie diese gegebenenfalls zu geplanten Maßnahmen konsultieren. Wenn Maßnahmen im Namen der EU getroffen werden, sollten sich die Missionen der EU vergewissern, dass der betroffene Menschenrechtsverteidiger und/oder seine Familie davon unterrichtet werden. Die Missionen der EU könnten beispielsweise folgende Maßnahmen ergreifen:
- Ausarbeitung von lokalen Strategien zur Umsetzung dieser Leitlinien, wobei den weiblichen Menschenrechtsverteidigern besondere Aufmerksamkeit zu schenken wäre. Die Missionen der EU haben dem Umstand Rechnung zu tragen, dass diese Leitlinien sich auf Personen beziehen, die die Menschenrechte – gleichviel, ob es sich um zivile, kulturelle, wirtschaftliche, politische oder soziale Rechte handelt – fördern und schützen. Die Missionen der EU müssen sich dafür einsetzen, dass die Menschenrechtsverteidiger und deren Organisationen aktiv an der Ausarbeitung und Überwachung der lokalen Strategien beteiligt werden;
 - mindestens einmal jährlich Veranstaltung einer Tagung, auf der Menschenrechtsverteidiger und Diplomaten zusammenkommen, um unter anderem die örtliche Menschenrechtslage, die diesbezügliche Politik der EU und die Durchführung der lokalen Strategie zur Umsetzung der Leitlinien der EU für die Menschenrechtsverteidiger zu erörtern;
 - intensive Koordinierung und Informationsaustausch in Bezug auf Menschenrechtsverteidiger, auch in Bezug auf solche, die sich in Gefahr befinden;

- Pflege geeigneter Kontakte mit Menschenrechtsverteidigern, beispielsweise durch Gespräche mit ihnen in der Mission und Besuche in ihrem Arbeitsgebiet; zu erwägen wäre ferner die Benennung von speziellen Verbindungsbeamten für diesen Zweck, wobei gegebenenfalls die Aufgaben geteilt werden könnten;
- wo dies angezeigt ist, sichtbare Anerkennung für Menschenrechtsverteidiger und ihre Arbeit durch entsprechenden Rückgriff auf die Medien, einschließlich des Internets und der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, Öffentlichkeitsarbeit, Besuche oder Einladungen, insbesondere zur Übergabe der ihnen verliehenen Auszeichnungen;
- gegebenenfalls Besuch von Menschenrechtsverteidigern in Polizeigewahrsam oder unter Hausarrest und Anwesenheit bei Verfahren gegen sie als Beobachter.

Verstärkte Bemühungen in den Beziehungen mit Drittländern und in multilateralen Organisationen und Gremien in Bezug auf die Achtung der Rechte von Menschenrechtsverteidigern

12. Die EU ist bestrebt, auf Drittländer einzuwirken, dass sie ihrer Pflicht, die Rechte von Menschenrechtsverteidigern zu achten und diese vor Angriffen und Drohungen von nichtstaatlichen Akteuren zu schützen, nachkommen. Bei ihren Kontakten mit Drittländern wird die EU, wenn sie dies für erforderlich hält, zum Ausdruck bringen, dass alle Länder die einschlägigen internationalen Rechtsnormen und Standards, insbesondere die oben genannte Erklärung der Vereinten Nationen, achten und einhalten müssen. Das übergeordnete Ziel sollte darin bestehen, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Menschenrechtsverteidiger freitätig sein können. Die EU wird ihre Ziele als festen Bestandteil ihrer Menschenrechtspolitik bekanntgeben und die Bedeutung, die sie dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern beimisst, hervorheben. Im Hinblick auf diese Ziele wird unter anderem Folgendes getan:

- Bei Besuchen des Vorsitzes, des Hohen Vertreters für die GASP, der persönlichen Beauftragten des Generalsekretärs/Hohen Vertreters für Menschenrechte, von Vertretern und Sonderbeauftragten der EU, von Vertretern der Mitgliedstaaten oder der Europäischen Kommission in Drittländern werden diese – als festen Bestandteil ihres Besuchs – gegebenenfalls an Treffen mit Menschenrechtsverteidigern teilnehmen, bei denen Einzelfälle und die durch die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger aufgeworfenen Fragen zur Sprache gebracht werden.

- Im Menschenrechtsteil des politischen Dialogs zwischen der EU und Drittländern und regionalen Organisationen wird gegebenenfalls die Lage von Menschenrechtsverteidigern zur Sprache gebracht. Die EU wird hervorheben, dass sie Menschenrechtsverteidiger und deren Arbeit unterstützt, und bedenkliche Einzelfälle gegebenenfalls zur Sprache bringen. Die EU wird dafür sorgen, dass die Menschenrechtsverteidiger nach den geeignetsten Modalitäten an der Vor- und Nachbereitung sowie der Evaluierung des Dialogs entsprechend den Leitlinien der EU für Menschenrechtsdialoge teilnehmen können.

- Die Missionsleiter und Botschafter der EU werden die Behörden der Drittländer an ihre Pflicht erinnern, wirksame Maßnahmen zum Schutz von gefährdeten bzw. potenziell gefährdeten Menschenrechtsverteidigern zu treffen.

- Die EU wird insbesondere im Menschenrechtsrat und in der Generalsversammlung der Vereinten Nationen eng mit gleich gesinnten Ländern zusammenarbeiten.

- Sie wird den Ländern anlässlich der periodischen Prüfung durch den Menschenrechtsrat gegebenenfalls empfehlen, ihre Rechtsvorschriften und Praktiken mit der Erklärung der Vereinten Nationen zu den Menschenrechtsverteidigern in Einklang zu bringen.

- Die EU wird sich dafür einsetzen, dass bestehende regionale Mechanismen zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger – etwa die Kontaktstelle für Menschenrechtsverteidiger und die nationalen Menschenrechtsstellen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE, der Kommissar für Menschenrechte des Europarates, der Sonderberichterstatter für die Lage der Menschenrechtsverteidiger der Afrikanischen Menschen- und Völkerrechtskommission und die Sonderabteilung Menschenrechtsverteidiger in der Interamerikanischen Menschenrechtskommission – ausgebaut und in Regionen, in denen es solche noch nicht gibt, geeignete Mechanismen geschaffen werden.

Unterstützung für besondere Verfahren des VN-Menschenrechtsrates, insbesondere für den Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger

13. Die EU ist sich dessen bewusst, dass den besonderen Verfahren des VN-Menschenrechtsrates (Sonderberichterstatter, Sonderbeauftragte, unabhängige Experten und Arbeitsgruppen) bei den internationalen Bemühungen um den Schutz von Menschenrechtsverteidigern entscheidende Bedeutung zukommt, wegen ihrer Unabhängigkeit und Unparteilichkeit und dadurch, dass sie in der Lage sind, bei Übergriffen gegen Menschenrechtsverteidiger weltweit tätig zu werden, klar Stellung zu nehmen und die betreffenden Länder zu besuchen. Der Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger hat hier seine spezifische Aufgabe, aber auch der Geltungsbereich der anderen besonderen Verfahren schließt Menschenrechtsverteidiger ein. Die EU wird diese besonderen Verfahren unter anderem in folgender Weise unterstützen:
 - Sie wird auf Staaten einwirken, dass sie Anträge auf Besuche im Rahmen der besonderen VN-Verfahren grundsätzlich akzeptieren.

- Sie wird sich über EU-Missionen für die Nutzung themenbezogener VN-Mechanismen durch lokale Menschenrechtsgruppen und Menschenrechtsverteidiger einsetzen, und – unter anderem – den Kontakt mit den themenbezogenen Mechanismen und Menschenrechtsverteidigern und den Informationsaustausch zwischen beiden fördern.
- Da die mit den besonderen Verfahren verbundenen Aufgaben nicht ohne angemessene Mittel erfüllt werden können, werden sich die Mitgliedstaaten der EU dafür einsetzen, dass dem Amt des Hochkommissars für Menschenrechte aus dem allgemeinen Haushalt ausreichende Mittel zugeteilt werden.

Praktische Hilfe für Menschenrechtsverteidiger unter anderem über die Entwicklungspolitik

14. Programme der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten, mit denen die Schaffung demokratischer Verfahren und Institutionen und die Förderung und der Schutz von Menschenrechten in Entwicklungsländern vorangebracht werden sollen, beispielsweise das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte, sind Teil eines breiten Spektrums von praktischen Hilfen zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern. Dazu gehören auch, aber nicht nur, Programme der Mitgliedstaaten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Praktische Hilfe kann unter anderem in folgender Weise geleistet werden:

- Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern und von NRO, die Tätigkeiten zugunsten von Menschenrechtsverteidigern fördern und schützen, beispielsweise durch Tätigkeiten zur Verstärkung ihrer Kapazitäten und durch Sensibilisierungskampagnen, und Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen NRO, Menschenrechtsverteidigern und nationalen Menschenrechtseinrichtungen,
- Förderung und Unterstützung der Schaffung und der Arbeit nationaler Gremien zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte gemäß den Pariser Grundsätzen, beispielsweise nationale Menschenrechtseinrichtungen, Ombudsleute und Menschenrechtskommissionen,

- Unterstützung der Bildung von Netzwerken von Menschenrechtsverteidigern auf internationaler Ebene unter anderem durch Hilfestellung bei Treffen von Menschenrechtsverteidigern innerhalb und außerhalb der EU,
- Hinwirken darauf, dass Menschenrechtsverteidiger in Drittländern Zugang zu Mitteln, auch Finanzmitteln, aus dem Ausland haben und über die Verfügbarkeit dieser Mittel und darüber, wie sie beantragt werden können, informiert werden,
- Hinwirken darauf, dass in Aufklärungsprogrammen zum Thema Menschenrechte unter anderem die VN-Erklärung über die Menschenrechtsverteidiger bekanntgemacht wird,
- Sofortmaßnahmen zur Unterstützung und zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, die sich in Drittländern in Gefahr befinden, wie zum Beispiel – sofern dies zweckmäßig erscheint – durch Ausstellung von Notvisa und durch Förderung ihrer vorläufigen Aufnahme in den Mitgliedstaaten der EU.

Rolle der Arbeitsgruppen des Rates

15. Die Gruppe "Menschenrechte" wird gemäß ihrem Mandat die Umsetzung und weitere Anwendung der Leitlinien für Menschenrechtsverteidiger im Benehmen und in enger Zusammenarbeit mit anderen zuständigen Ratsgruppen verfolgen. Dabei wird sie unter anderem
- auf die Einbeziehung des Themas Menschenrechtsverteidiger in einschlägige Strategien und Maßnahmen der EU hinwirken,
 - die Umsetzung der Leitlinien in angemessenen Abständen überprüfen,

- gegebenenfalls weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den VN und anderen internationalen und regionalen Mechanismen zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern prüfen,
 - dem Rat über das PSK und den AStV – gegebenenfalls jährlich – über die Fortschritte bei der Umsetzung der Leitlinien berichten.
-

**Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to
Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and
Fundamental Freedoms**

The General Assembly,

Reaffirming the importance of the observance of the purposes and principles of the Charter of the United Nations for the promotion and protection of all human rights and fundamental freedoms for all persons in all countries of the world,

Reaffirming also the importance of the Universal Declaration of Human Rights² and the International Covenants on Human Rights as basic elements of international efforts to promote universal respect for and observance of human rights and fundamental freedoms and the importance of other human rights instruments adopted within the United Nations system, as well as those at the regional level,

Stressing that all members of the international community shall fulfil, jointly and separately, their solemn obligation to promote and encourage respect for human rights and fundamental freedoms for all without distinction of any kind, including distinctions based on race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status, and reaffirming the particular importance of achieving international cooperation to fulfil this obligation according to the Charter,

Acknowledging the important role of international cooperation for, and the valuable work of individuals, groups and associations in contributing to, the effective elimination of all violations of human rights and fundamental freedoms of peoples and individuals, including in relation to mass, flagrant or systematic violations such as those resulting from apartheid, all forms of racial discrimination, colonialism, foreign domination or occupation, aggression or threats to national sovereignty, national unity or territorial integrity and from the refusal to recognize the right of peoples to self-determination and the right of every people to exercise full sovereignty over its wealth and natural resources,

Recognizing the relationship between international peace and security and the enjoyment of human rights and fundamental freedoms, and mindful that the absence of international peace and security does not excuse non-compliance,

Reiterating that all human rights and fundamental freedoms are universal, indivisible, interdependent and interrelated and should be promoted and implemented in a fair and equitable manner, without prejudice to the implementation of each of those rights and freedoms,

Stressing that the prime responsibility and duty to promote and protect human rights and fundamental freedoms lie with the State,

Recognizing the right and the responsibility of individuals, groups and associations to promote respect for and foster knowledge of human rights and fundamental freedoms at the national and international levels,

Declares:

Article 1

Everyone has the right, individually and in association with others, to promote and to strive for the protection and realization of human rights and fundamental freedoms at the national and international levels.

Article 2

1. Each State has a prime responsibility and duty to protect, promote and implement all human rights and fundamental freedoms, inter alia, by adopting such steps as may be necessary to create all conditions necessary in the social, economic, political and other fields, as well as the legal guarantees required to ensure that all persons under its jurisdiction, individually and in association with others, are able to enjoy all those rights and freedoms in practice.
2. Each State shall adopt such legislative, administrative and other steps as may be necessary to ensure that the rights and freedoms referred to in the present Declaration are effectively guaranteed.

Article 3

Domestic law consistent with the Charter of the United Nations and other international obligations of the State in the field of human rights and fundamental freedoms is the juridical framework within which human rights and fundamental freedoms should be implemented and enjoyed and within which all activities referred to in the present Declaration for the promotion, protection and effective realization of those rights and freedoms should be conducted.

Article 4

Nothing in the present Declaration shall be construed as impairing or contradicting the purposes and principles of the Charter of the United Nations or as restricting or derogating from the provisions of the Universal Declaration of Human Rights,² the International Covenants on Human Rights and other international instruments and commitments applicable in this field.

Article 5

For the purpose of promoting and protecting human rights and fundamental freedoms, everyone has the right, individually and in association with others, at the national and international levels:

- (a) To meet or assemble peacefully;
- (b) To form, join and participate in non-governmental organizations, associations or groups;
- (c) To communicate with non-governmental or intergovernmental organizations.

Article 6

Everyone has the right, individually and in association with others:

- (a) To know, seek, obtain, receive and hold information about all human rights and fundamental freedoms, including having access to information as to how those rights and freedoms are given effect in domestic legislative, judicial or administrative systems;
- (b) As provided for in human rights and other applicable international instruments, freely to publish, impart or disseminate to others views, information and knowledge on all human rights and fundamental freedoms;

- (c) To study, discuss, form and hold opinions on the observance, both in law and in practice, of all human rights and fundamental freedoms and, through these and other appropriate means, to draw public attention to those matters.

Article 7

Everyone has the right, individually and in association with others, to develop and discuss new human rights ideas and principles and to advocate their acceptance.

Article 8

1. Everyone has the right, individually and in association with others, to have effective access, on a non-discriminatory basis, to participation in the government of his or her country and in the conduct of public affairs.
2. This includes, inter alia, the right, individually and in association with others, to submit to governmental bodies and agencies and organizations concerned with public affairs criticism and proposals for improving their functioning and to draw attention to any aspect of their work that may hinder or impede the promotion, protection and realization of human rights and fundamental freedoms.

Article 9

1. In the exercise of human rights and fundamental freedoms, including the promotion and protection of human rights as referred to in the present Declaration, everyone has the right, individually and in association with others, to benefit from an effective remedy and to be protected in the event of the violation of those rights.

2. To this end, everyone whose rights or freedoms are allegedly violated has the right, either in person or through legally authorized representation, to complain to and have that complaint promptly reviewed in a public hearing before an independent, impartial and competent judicial or other authority established by law and to obtain from such an authority a decision, in accordance with law, providing redress, including any compensation due, where there has been a violation of that person's rights or freedoms, as well as enforcement of the eventual decision and award, all without undue delay.
3. To the same end, everyone has the right, individually and in association with others, inter alia:
 - (a) To complain about the policies and actions of individual officials and governmental bodies with regard to violations of human rights and fundamental freedoms, by petition or other appropriate means, to competent domestic judicial, administrative or legislative authorities or any other competent authority provided for by the legal system of the State, which should render their decision on the complaint without undue delay;
 - (b) To attend public hearings, proceedings and trials so as to form an opinion on their compliance with national law and applicable international obligations and commitments;
 - (c) To offer and provide professionally qualified legal assistance or other relevant advice and assistance in defending human rights and fundamental freedoms.
4. To the same end, and in accordance with applicable international instruments and procedures, everyone has the right, individually and in association with others, to unhindered access to and communication with international bodies with general or special competence to receive and consider communications on matters of human rights and fundamental freedoms.
5. The State shall conduct a prompt and impartial investigation or ensure that an inquiry takes place whenever there is reasonable ground to believe that a violation of human rights and fundamental freedoms has occurred in any territory under its jurisdiction.

Article 10

No one shall participate, by act or by failure to act where required, in violating human rights and fundamental freedoms and no one shall be subjected to punishment or adverse action of any kind for refusing to do so.

Article 11

Everyone has the right, individually and in association with others, to the lawful exercise of his or her occupation or profession. Everyone who, as a result of his or her profession, can affect the human dignity, human rights and fundamental freedoms of others should respect those rights and freedoms and comply with relevant national and international standards of occupational and professional conduct or ethics.

Article 12

1. Everyone has the right, individually and in association with others, to participate in peaceful activities against violations of human rights and fundamental freedoms.
2. The State shall take all necessary measures to ensure the protection by the competent authorities of everyone, individually and in association with others, against any violence, threats, retaliation, de facto or de jure adverse discrimination, pressure or any other arbitrary action as a consequence of his or her legitimate exercise of the rights referred to in the present Declaration.
3. In this connection, everyone is entitled, individually and in association with others, to be protected effectively under national law in reacting against or opposing, through peaceful means, activities and acts, including those by omission, attributable to States that result in violations of human rights and fundamental freedoms, as well as acts of violence perpetrated by groups or individuals that affect the enjoyment of human rights and fundamental freedoms.

Article 13

Everyone has the right, individually and in association with others, to solicit, receive and utilize resources for the express purpose of promoting and protecting human rights and fundamental freedoms through peaceful means, in accordance with article 3 of the present Declaration.

Article 14

1. The State has the responsibility to take legislative, judicial, administrative or other appropriate measures to promote the understanding by all persons under its jurisdiction of their civil, political, economic, social and cultural rights.
2. Such measures shall include, inter alia:
 - (a) The publication and widespread availability of national laws and regulations and of applicable basic international human rights instruments;
 - (b) Full and equal access to international documents in the field of human rights, including the periodic reports by the State to the bodies established by the international human rights treaties to which it is a party, as well as the summary records of discussions and the official reports of these bodies.
3. The State shall ensure and support, where appropriate, the creation and development of further independent national institutions for the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms in all territory under its jurisdiction, whether they be ombudsmen, human rights commissions or any other form of national institution.

Article 15

The State has the responsibility to promote and facilitate the teaching of human rights and fundamental freedoms at all levels of education and to ensure that all those responsible for training lawyers, law enforcement officers, the personnel of the armed forces and public officials include appropriate elements of human rights teaching in their training programme.

Article 16

Individuals, non-governmental organizations and relevant institutions have an important role to play in contributing to making the public more aware of questions relating to all human rights and fundamental freedoms through activities such as education, training and research in these areas to strengthen further, inter alia, understanding, tolerance, peace and friendly relations among nations and among all racial and religious groups, bearing in mind the various backgrounds of the societies and communities in which they carry out their activities.

Article 17

In the exercise of the rights and freedoms referred to in the present Declaration, everyone, acting individually and in association with others, shall be subject only to such limitations as are in accordance with applicable international obligations and are determined by law solely for the purpose of securing due recognition and respect for the rights and freedoms of others and of meeting the just requirements of morality, public order and the general welfare in a democratic society.

Article 18

1. Everyone has duties towards and within the community, in which alone the free and full development of his or her personality is possible.

2. Individuals, groups, institutions and non-governmental organizations have an important role to play and a responsibility in safeguarding democracy, promoting human rights and fundamental freedoms and contributing to the promotion and advancement of democratic societies, institutions and processes.
3. Individuals, groups, institutions and non-governmental organizations also have an important role and a responsibility in contributing, as appropriate, to the promotion of the right of everyone to a social and international order in which the rights and freedoms set forth in the Universal Declaration of Human Rights and other human rights instruments can be fully realized.

Article 19

Nothing in the present Declaration shall be interpreted as implying for any individual, group or organ of society or any State the right to engage in any activity or to perform any act aimed at the destruction of the rights and freedoms referred to in the present Declaration.

Article 20

Nothing in the present Declaration shall be interpreted as permitting States to support and promote activities of individuals, groups of individuals, institutions or non-governmental organizations contrary to the provisions of the Charter of the United Nations.

Relevant international instruments

- The Universal Declaration of Human Rights
 - The International Covenant on Civil and Political Rights
 - The International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights
 - The Convention Against Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment
 - The Convention on the Rights of the Child
 - The Convention on the Elimination of Discrimination Against Women
 - The Convention on the Elimination on all Forms of Racial Discrimination
 - The European Convention on Human Rights, its protocols and the relevant case law of the European Court of Human Rights
 - European Social Charter/Revised European Social Charter
 - African Charter for Human and Peoples' Rights
 - American Convention on Human Rights
 - Geneva Conventions on the Protection of Victims of War and its Protocols as well as customary rules of humanitarian law applicable in armed conflict
 - The 1951 Convention regarding the Status of Refugees and its 1967 Protocol
 - The Rome Statute of the International Criminal Court
 - Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms.
-